

Zwei afghanische Ortskräfte, vier Ehefrauen, 19 Kinder, 180.000 Euro Bürgergeld pro Jahr



Von Enxhi Seli-Zacharias MdL

Was wie ein Scherz klingt, ist im Hochsauerlandkreis bittere Realität.

Hier wurden kürzlich zwei Fälle von offensichtlich geduldeter Bigamie bestätigt.

Grundsätzlich war und ist Bigamie hierzulande gesetzlich verboten und gilt als strafbar. Ausnahmen werden allerdings gestattet, wenn die (Viel) Ehen nach im Ausland erlaubten Regeln geschlossen worden sind. Betroffen sind somit in der Regel Zuwanderer aus islamischen Ländern. Über das Kriterium des Kindeswohls und der damit verbundenen Familienzusammenführung wird dann am Ende Bigamie mehr oder weniger stillschweigend geduldet. Damit wird auch die spätestens seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland geltende Rechtsgrundlage „Gleiches Recht für alle.“ ausgehebelt. Denn hier leben nun Menschen zu zweierlei Recht, können – je nach Herkunft – für das gleiche Delikt bestraft werden oder eben nicht.

Was übrigens das Kindeswohl betrifft – seit wann darf in Deutschland ein verheirateter Mann seine Geliebte zusätzlich heiraten, um den gemeinsamen Kindern den Makel der Unehrlichkeit oder andere Nachteile (Erbrecht) zu ersparen? Und was wäre – rein rechtlich – anders bei den Kindern von „Zweitfrauen“? Auch in diesem Zusammenhang leben Menschen in Deutschland zu zweierlei Recht.

Im ersten Fall aus dem Hochsauerlandkreis handelt es sich um einen Ehemann mit zwei Ehefrauen. Er lebt mit einer Ehefrau und drei Kindern zusammen. Die zweite Ehefrau wohnt in einer separaten Wohnung mit weiteren sieben Kindern. Im zweiten Fall lebt ein Ehemann mit zwei Ehefrauen und neun Kindern zusammen. Konservativen Schätzungen zu Folge fallen für diese insgesamt 25 Personen Sozialleistungen in Höhe von ca.

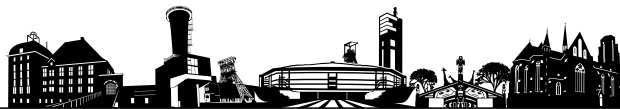
180.000 Euro pro Jahr an, finanziert durch ca. 120 Durchschnittsverdiener.

Noch nicht berücksichtigt sind dabei u. a. Gesundheitskosten oder die Aufwendungen für diverse Integrationsmaßnahmen. Recht sicher ist auch, dass die Erwachsenen in allen drei Haushalten auf absehbare Zeit vermutlich eher nicht in der Lage sein werden, ein entsprechendes Einkommen mit einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit zu erzielen.

Die spannende Frage die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, wie viele ähnlich gelagerte Fälle es in NRW gibt. Eine andere Frage ist, warum wir überhaupt freiwillig derartige Kosten tragen sollten. Generell hat sich die Anzahl der in Deutschland aufhaltigen Afghanen vom Jahre 2013 bis zum Jahre 2023 von 66.974 auf mittlerweile fast 400.000 erhöht. Weit überwiegend resultiert dieser Zuwachs gerade nicht aus qualifizierter Zuwanderung.

Nach dem Abzug der Bundeswehr und anderer westlicher Streitkräfte sowie der anschließenden Machtübernahme in Kabul durch die Taliban vor zwei Jahren nahm die Zuwanderung von Afghanen durch zwei freiwillige Aufnahmeprogramme noch einmal erheblich an Fahrt auf. Über das Ortskräfteprogramm kamen bisher 4.100 Personen + 15.200 Familienangehörige; über das Aufnahmeprogramm für „weiterer besonders gefährdeter Afghanen“ zusätzliche 2.600 Personen + 8.400 Familienangehörige – insgesamt also bisher 30.300 Personen.

Auf Grund eines dubiosen Auswahlverfahrens vor Ort durch umstrittene NGOs lösen diese Ortskräfteprogramme auch in Sicherheitskreisen wenig Jubel aus. Als AfD plädieren wir für eine sofortige Einstellung der Aufnahmeprogramme.



Rassismus gegen Weiße im LWL-Museum Zeche Zollern - wie es weiterging

Von Jan Preuß MdLV

Liebe Parteifreunde,

in den vergangenen Wochen habt ihr es sicherlich vernommen: Das Video des Senders Antenne Frei im Museum Zeche Zollern erregte großes mediales Aufsehen. Uns wurde bestätigt, dass uns der Zutritt zur Ausstellung aufgrund unserer Hautfarbe verwehrt wurde. Zahlreiche Medien, darunter Spiegel, Focus, Welt, NIUS, Tim Kellner und auch der Patriot, berichteten über diesen Vorfall. Die LWL-Verwaltung versuchte, sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie behauptete, es habe nie ein Verbot gegeben, sondern lediglich eine Bitte.

Doch es war offensichtlich, dass Handlungsbedarf bestand. Wir, die LWL-Fraktion, stellten einen Dringlichkeitsantrag auf Sachstandsbericht im LWL-Kulturausschuss, um über dieses brennende Thema zu diskutieren. Wie erwartet wurde unser Antrag von allen Parteien, mit Ausnahme der unseren, abgelehnt. Doch wir ließen uns nicht unterkriegen. Wir forderten umgehend eine Sondersitzung des Ausschusses, um dieses Thema zu behandeln, ein Vorgang, der im LWL selten oder nie vorkommt. Unsere Hartnäckigkeit führte zur Sondersitzung am 26.09., in der ich der LWL-Kulturdezernentin, Frau Dr. Rüschoff-Parzinger, zehn Fragen stellte, von denen sie aber lediglich eine beantwortete: Warum das Museum klammheimlich den Schriftzug „Warum ist der Safer Space für Weiße nicht geöffnet?“ in der Nacht vom 30.08. auf den 31.08. entfernt habe. „Ja das sei blöd gelaufen“, so die Dezernentin. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Ob in der Logik des Museums auch askenasische Juden oder Ukrainer als Weiße gelten? Keine Antwort.

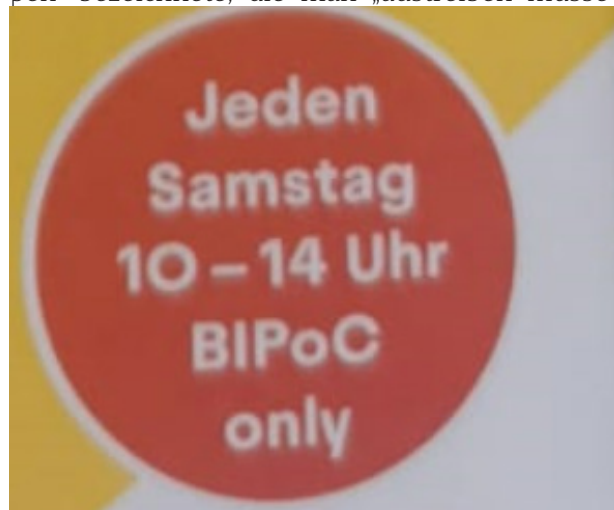
Ob es eine quantitative Erfassung der nicht-weißen Besucher gab, denn angeblich sei der sog. Safer Space als Experiment gedacht (das man ja, wenn man wissenschaftlich vorgehen möchte, auch auswerten muss)? Keine Antwort.

Warum, wenn es nie ein Verbot, sondern immer nur eine Bitte gewesen sei, es dann eine Broschüre gebe, in der es „Jeden Samstag 10-14h BIPOC only“ heißt. Keine Antwort.

Und so weiter und so weiter...

Die Unklarheiten und unbeantworteten Fragen

häuften sich, und die Reaktionen der LWL-Spitze sind mehr als unwürdig für diesen Landschaftsverband. In der Landschaftsversammlung forderten wir daher schließlich ein sofortiges Ende dieses „Experiments“, den Wechsel der Museumsleitung, das Ende der Zusammenarbeit mit der Kuratorin und eine Entschuldigung durch die Dezernentin. Auch dies wurde mehrheitlich abgelehnt, sogar von Parteien wie der CDU, FDP und den Freien Wählern. Der Höhepunkt wurde durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Karsten Koch erreicht, der uns als „schäbige Typen“ bezeichnete, die man „austreiben müsse“.

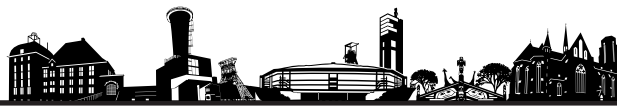


Liebe Leser, die Ereignisse und Reaktionen, die sich im Zuge dieses Falles entfaltet haben, sind bezeichnend für die aktuelle politische Landschaft. Die Ablehnung und der Widerstand, den wir erfahren haben, stärken unseren Willen, für Gerechtigkeit und gegen den Deutschhass der Linksrünen zu kämpfen. Wenn der politische Gegner zu ordinären Beleidigungen greifen muss, zeigt dies, dass die Angst vor uns wächst, weil wir auf dem richtigen Weg sind. Das Abstimmungsverhalten von CDU, FDP und FW zeigt aber auch, dass wir die einzige Alternative für alle sind, die sich nicht dem links-woke Medienzeitgeist beugen wollen. In diesen Zeiten, in denen traditionelle Werte und unsere nationale Identität zunehmend bedroht sind, werden wir standhaft bleiben, unsere Prinzipien verteidigen und für unsere Bürger eintreten.

Euer

Jan Preuß

Mitglied der Landschaftsversammlung



Freizeitvergnügen für Schüler auf Kosten der Steuerzahler?

Eine Diskussion um das Deutschlandticket

Von Jan Preuß MdLV

Liebe Parteifreunde,
die bereits beschlossene Einführung des Deutschlandtickets für Schüler in Gelsenkirchen kann nicht unkommentiert bleiben. In einer Hau-Ruck-Aktion hatten die Altparteien bereits vor den Sommerferien hierzu Fakten geschaffen. Wir als AfD-Fraktion hatten schlussendlich gegen diese Vorlage gestimmt, weil wir der Meinung sind, dass in einem Kontext, in dem die finanzielle Belastung für die Steuerzahler bereits hoch ist, diese Maßnahme dann doch ernsthafte Fragen bezüglich ihrer Angemessenheit und Notwendigkeit aufwirft. Nach unserer Ansicht gibt es ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit für Schüler, regelmäßig bundesweit zu reisen, insbesondere während der Schulzeit. Unsere Sorge ist, dass das Deutschlandticket nicht nur für den Schulweg, sondern auch für Freizeitreisen genutzt wird, wobei letztere als private Unternehmung angesehen werden sollten, die nicht auf Kosten der Allgemeinheit gehen dürfen. Dabei besteht als sinnvolle Alternative doch bereits das Schokoticket, welches nur im jeweiligen Verbund gültig ist und den ÖPNV für den Schulweg genau so gut abdeckt. Diejenigen, die darüber hinaus reisen möchten, mögen dies auf eigene Kosten tun (!) Wir befürchten auch, dass das Schüler-Deutschlandticket von den Grünen besonders deshalb gewollt ist, damit , Schüler kostenlos zu Klimademonstrationen reisen können. Dies wirft Fragen nach der angemessenen Verwendung von Steuergeldern auf und unterstreicht die Notwendigkeit, diese Ausgaben kritisch zu betrachten. Trotz der Ablehnung dieser Bedenken durch die anderen Fraktionen, bleibt die Frage nach der besten Verwendung der Steuermittel relevant. Wir als AfD-Ratsfraktion Gelsenkirchen appellieren daher an die Politik, diese Entscheidung kritisch zu hinterfragen und sich für eine transparente und verantwortungsbewusste Verwendung der Steuergelder einzusetzen. Denn Steuergelder sind hart erarbeitete Bürgergelder.

Euer
Jan Preuß
Fraktionsvorsitzender
AfD-Ratsfraktion



Gelsenkirchener Patriot ist eine Mitgliederinformation der Alternative für Deutschland Kreisverband Gelsenkirchen
V.i.S.d.P.: Der Kreisvorstand | www.afd-gelsenkirchen.de | Bildrechte: pixabay, eigene